

Fragenkatalog anlässlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 14.03.2021

1. Wie denken Sie, (Planen Sie) aufgrund der schlimmen Tiermisshandlungen in Schlachthöfen des Landes über die Installation von Kameras in Schlachthöfen?

Antwort DIE LINKE:

Viele Fälle von unrechtmäßiger Tierhaltung bis zu Tierquälerei in den letzten Wochen und Monaten haben gezeigt, dass es mehr Kontrollen braucht, auch an Schlachthöfen. Dafür wollen wir die Anzahl von Stellen in Veterinärämtern erhöhen, um dies auch gewährleisten zu können. Videoüberwachung am Arbeitsplatz lehnen wir trotzdem ab, die Arbeiter*innen in dieser Branche sind bereits ohnehin häufig der Kontrolle Ihrer Arbeitgeber*innen ausgeliefert bis hinein in den privaten Wohnraum. Sie haben selbstverständlich dennoch recht damit, dass die Zustände in vielen Schlachthöfen nicht tolerierbar sind. Videoüberwachung kann eine potentielle Ergänzung sein, wo sie bspw. ausschließlich die Tiere dokumentiert, Dreh- und Angelpunkt für uns, wären aber dennoch häufige, unangekündigte und nachprüfbar Kontrollen.

2. Planen Sie häufigere Kontrollen und mehr unabhängiges Personal bei den Veterinärämtern einzusetzen?

Antwort DIE LINKE:

Unbedingt, wie bereits ausgeführt halten wir dies für die zentrale Stellschreibe um die Qualität der Tierhaltung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Über diese Vorgaben hinaus sehen wir eine Menge an Mehrbedarf an Aufgaben für die Veterinärämter. Sie sprechen darüber hinaus auch unabhängiges Personal im Einsatz für die Veterinärämter an. Dies würde aus unserer Sicht die Qualität aber auch die Kapazitäten der Veterinärämter sinnvoll ergänzen. Darüber hinaus würde es auch die Zivilgesellschaft demokratisch einbinden. Selbstverständlich müssten die notwendigen Fachkenntnisse solches Personals aber unabhängig geprüft werden.

3. Die Kastration von Ferkeln mit Isofluran soll von Landwirten nach einer kurzen Schulung selbst durchgeführt werden. Wäre es nicht besser, diese würde von Veterinären durchgeführt? Wie planen Sie die Kontrollen, ob eine Betäubung bei der Kastration eingesetzt wird?

Aus unserer Sicht ist auf die Selbstdurchführung der Betäubung und Kastration gänzlich zu verzichten. Auch wir halten es für besser, wenn dieser Eingriff von professionell geschulten



Fachpersonal durchgeführt wird. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um eine weitere Sparmaßnahme in einem ohnehin seit Jahrzehnten finanziell vernachlässigten Bereich.

4. Im Hinblick auf die desaströsen Folgen des nach wie vor hohen Fleischkonsums auf das Tierwohl, das Klima, die Umwelt und die Welternährungslage fordert der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Strategie, die den Fleischkonsum senkt. Auch ist die Massentierhaltung ein Brutherd für neue Pandemien. Die Harvard University veröffentlichte bereits 2018 eine Studie, in welcher als Ergebnis festgestellt wurde, dass nichts so sehr den Klimawandel bekämpfen kann wie der Umstieg auf eine pflanzliche Ernährung. Unterstützt Ihre Partei die Forderung einer konkreten Strategie zur Senkung des Fleischkonsums und eine Förderung des Veganismus?

4.1 Plant Ihre Partei Maßnahmen, um die Fleischproduktion und den Fleischkonsum in Baden-Württemberg zu senken (z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufnahme der veganen Ernährungsweise in Schul- und Universitätsmensen, öffentlichen Einrichtungen und den Ernährungsbildungsplan, Förderung des Anbaus von Eiweiß liefernden Pflanzen) und den Veganismus zu fördern?

4.2 Verfolgt Ihre Partei Maßnahmen, um die Pflanzenproduktion im Land zu erhöhen? Erscheint eine Förderung der bioveganen Landwirtschaft möglich?

Antwort DIE LINKE:

Ja, wir werden uns für beides einsetzen. Zum einen denken wir, dass die Themen Tierschutz und Nachhaltigkeit sinnvolle Komponenten einer Ernährung sind sowohl ganz praktisch, aber auch die Vermittlung des Wissens darüber. Für uns ist dies als bspw. ein sinnvolles Thema für den Landesbildungsplan aber eben durchaus dann auch praktisch in der Schulkantine durch das Anbieten veganer und vegetarischer Mahlzeiten. Eine gute und nachhaltige Ernährung darf zudem keine Frage des Geldbeutels sein. Deswegen setzen wir uns auch für kostenlose und nachhaltige Essen in öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen ein. Insgesamt wollen wir auch die Investitionspolitik des Bundeslandes im Ganzen neu ausrichten und insbesondere Unternehmen und Unternehmensformen fördern, die von selbst auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit setzen. Im Bereich der Landwirtschaft wären dies bspw. solidarökonomische Zusammenschlüsse wie solidarische Landwirtschaften (soLawi), welche häufig ganz auf tierische Produkte verzichten.



5. Wie stehen Sie zur Förderung und Unterstützung von Lebenshöfen, die sich um "ausgediente" Tiere aus der "Nutztier"haltung kümmern?

Antwort DIE LINKE:

Lebenshöfe lösen leider selbstverständlich das Problem „ausgedienter“ „Nutztiere“ nicht. Sind aber aus unserer Sicht Institutionen der Förderung aufgrund des schieren Bedarfs noch erhöht gehört, bis ein andere Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik grundsätzlichere Veränderungen bewirken kann.

6. Das JWMG muss deutlich mehr an die Forderungen des Tierschutzes angepasst werden. So müsste eine Kürzung der Liste der jagdbaren Arten (Nutzungs- und Entwicklungsmanagement) und das ausnahmslose Verbot tierschutzwidriger Jagdmethoden (z. B. Baujagd am Kunstbau) dringend verfolgt werden.

Welches Vorgehen plant Ihre Partei?

Antwort DIE LINKE:

Wir sehen ebenfalls einen Bedarf der Reform des JWMG und setzen uns auch für eine für eine grundsätzliche Reform der Bundesjagdgesetzes als allgemeinen Rahmen ein. In beiden möchten wir als allgemeines Ziel der Jagd einen umweltfreundlichen und naturnahe Wald, sowie auch Wiesen und weitere Jagdreviere festschreiben.

7. Im Mai 2015 hat Baden-Württemberg das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen (TierSchMVG) eingeführt. Das TierSchMVG verpflichtet die anerkannten Vereine zur Einrichtung eines Gemeinsamen Büros, wodurch die Arbeitsabläufe insbesondere für die Behörden reduziert werden. Allerdings tragen die anerkannten Vereine die Kosten des Gemeinsamen Büros.

Wird Ihre Partei eine finanzielle Unterstützung des Gemeinsamen Büros durch das Land Baden-Württemberg befürworten und verfolgen?

Antwort DIE LINKE:

Ja selbstverständlich! Aus unserer Sicht ist es staatliche Aufgabe Kosten zu übernehmen und Infrastruktur zu stellen in Bereichen, in denen eine direkte Einbindung der Zivilgesellschaft geschieht.



8. Baden-Württemberg hat erfreulicherweise ein neues Gesetz verabschiedet, das die tierfreie Lehre an Hochschulen verpflichtend macht, wenn Alternativmethoden zu Tierversuchen vorliegen. Wie planen Sie, die Einhaltung dieser Vorgabe zu überprüfen / kontrollieren?

Antwort DIE LINKE:

Bundesland und Hochschulen sind hier gemeinsam in der Pflicht. Zum einen hat die Landesregierung die Kontrollpflicht für erlassene Gesetze zum anderen ist eine Einbindung und Kooperation mit den Hochschulen dabei unumgänglich. Auch hier können die Veterinärämtern entsprechend personell und finanziell ausgestattet eine sinnvolle Kontrollfunktion wahrnehmen, u.U. auch mit spezifischen Fachabteilungen für die Kontrolle von Tierversuchen im Gesamten. Hochschulen sollten aber auch eigene Konzepte Vorschlagen und Einbringen können und die Entwicklung von Alternativmethoden forcieren.

9. Die EU-Tierversuchsrichtlinie fordert als „letztendliches Ziel“, Verfahren mit lebenden Tieren für wissenschaftliche Zwecke und Bildungszwecke vollständig durch die Anwendung tierversuchsfreier Verfahren zu beenden. Es bedarf dringend einer Gesamtstrategie für den vollständigen Ausstieg aus dem Tierversuch.

9.1 Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um in Baden-Württemberg die Tierversuchszahlen deutlich zu vermindern (z. B. durch Aufstockung der Fördermittel für die Entwicklung tierversuchs- und tierfreier Verfahren, tierversuchs- und tierverbrauchsfreie Studiengänge in den Lebenswissenschaften, Finanzierung weiterer Lehrstühle/Professuren für tierversuchsfreie Methoden)?

9.2 Werden Sie sich auf Bundesebene für mehr Tierschutz in der Tierschutzversuchstierverordnung einsetzen? EU rechtlich ist es zulässig, absolute Verbote für Versuche an Menschenaffen, für schwer belastende Tierversuche und für die Ausweitung der Affenversuche anzuordnen. Ebenso ist es rechtlich zulässig, eine rückblickende Bewertung aller Tierversuche vorzuschreiben

Antwort DIE LINKE:

Wir treten für ein sofortiges Ende sämtlicher Verbote an Menschenaffen als ersten Schritt ein. Wie bereits ausgeführt befürworten wir darüber hinaus auch eine Forcierung der Forschung zu tierversuchsfreien Verfahren. Selbstverständlich müsste sich eine Forcierung auch finanziell auswirken um über Fördermittel eine gewisse Lenkungswirkung zu entfalten. Wir denken darüber hinaus, dass ein



zurückdrängen der sogenannten Drittmittel durch eine insgesamt bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung Tierversuchszahlen abnehmen lässt. Als dritte Maßnahme schließlich befürworten wir, tierversuchsfreie Alternativen in Wissenschaft und Wirtschaft überall dort als Standard festzuschreiben, wo es sie gibt. Insgesamt sehen wir einen hohen Synergieeffekt, diese Maßnahmen gemeinsam umzusetzen und so über konkrete Maßnahmen eine deutliche Absenkung von Tierversuchen herbeizuführen.

10. Seit Beginn der Pandemie ist zu beobachten, dass sich das SARS-CoV-2 Virus, welches beim Menschen COVID-19 verursacht, immer weiter auf europäischen Nerzfarmen verbreitet, unabhängig davon, ob strenge Sicherheitsmaßnahmen auf den Farmen ergriffen werden oder nicht. Neben diesem Risiko ist Pelz ein Produkt, welches extremes Tierleid bedeutet. Werden Sie sich auf Bundesebene für ein generelles Handelsverbot von Pelz stark machen?

Antwort DIE LINKE:

Ja als Bundespartei DIE LINKE machen wir uns seit Jahren gemeinsam mit unserer Bundestagsfraktion für ein generelles Verbot der Haltung von Tieren zur Pelzproduktion stark.

11. Werden Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Wildtierverbot in Zirkussen auf alle Wildtiere ausgedehnt wird - nicht nur für manche Wildtiere, wie Frau Klöckner es vorschlägt.

Antwort DIE LINKE:

Ja, wir sind sowohl für eine Bundesratsinitiative setzen uns dafür aber auch im Bundestag bereits konkret ein. Darüber hinaus ist aber auch ein kommunales Verbot von Zirkusbetrieben mit Wildtieren möglich und schließlich halten wir auch die Haltung von Tieren in Delfinarien für verbotswürdig.

12. Halten Sie Zoos noch für zeitgemäß? Die Tiere leben in einem künstlichen Lebensraum, der meistens den tatsächlichen Bedürfnissen der Tiere nicht entspricht. Hinzu kommen die Tötung und dubiose Verkäufe von "überflüssigen" Tieren. Viel besser kann man die Tiere in Dokumentationen beobachten und in ihren tatsächlichen Lebensräumen erleben und dabei Verständnis dafür erwecken, dass diese Lebensräume erhalten werden müssen.

Antwort DIE LINKE:

Zoos können durchaus sowohl einen sinnvollen pädagogischen und wissenschaftlichen Zweck dienen und dabei einen sinnvollen Nutzen zum Umwelt- und Naturschutz leisten. Es gibt hierbei allerdings ein großes ABER. Zoos die darauf ausgerichtet sind Umsatz zu generieren können dies nicht oder nur insofern, als



dass es dem Umsatz zuträglich ist. Wir halten also nicht Zoos pauschal für unzeitgemäß aber durchaus solche, die nicht primär auf einen positiven Beitrag für die Umwelt ausgerichtet sind. Hier wäre der Gesetzgeber gefragt mit Regulation und Prüfung auf der einen Seite und Förderung und Unterstützung auf der anderen.

13. Möchten Sie die Unterstützung von Tierheimen bzw. Tierschutzvereinen ausbauen, die sich beispielsweise um die Kastration von Katzen oder auch die Versorgung von in Not geratenen Wildtieren kümmern?

Antwort DIE LINKE:

Ja Tierheime, Tierschutzvereine und Tierauffangstationen benötigen mehr finanzielle Unterstützung, weil ihre Aufgaben heute auch mehr und vielfältiger sind. Die Versorgung in Not geratener Wildtiere und die Kastration von Katzen sind durchaus sinnvolle Aufgaben. Diese Institutionen Bedarfsgerecht finanziell auszustatten bedeutet auch konkret Verantwortung für den Umgang mit der Umwelt zu übernehmen.

14. Plant Ihre Partei, Fördergelder für tiergerechte Stadttaubenkonzepte bereitzustellen?

Antwort DIE LINKE:

Konkrete Pläne haben wir hierfür bisher nicht beschlossen. Im Sinne unserer allgemeinen Tier- und Umweltpolitik macht diese Forderung aber durchaus Sinn.

15. Die Landesregierungen wurden vom Bund ermächtigt, Maßnahmen zum Schutz von Katzen zu erlassen (Tierschutzgesetz, § 13 b). Baden-Württemberg übertrug jedoch diese Ermächtigung wiederum auf die Kommunen. Ob die Kommunen nun Maßnahmen im Sinne einer Katzenschutzverordnung (und damit einer Regelung von Kastrationen) ergreifen oder nicht, liegt momentan in deren Hand. Ob/warum diskutieren Parteien nicht auch über Lösungen auf Landesebene, anstatt diese Aufgabe an Kommunen abzugeben? Wird Ihre Partei sich für dieses Thema einsetzen?

Antwort DIE LINKE:

Lösungen auf Landesebene wären aus unserer Sicht durchaus zu diskutieren. Gleichzeitig sollte auf jeden Fall erst einmal Erfolg oder Misserfolg der bisherigen Umsetzung evaluiert werden. Wir halten es zwar für wahrscheinlicher, dass die konkrete Umsetzung des Tierschutzgesetzes §13b beim Land besser angesiedelt ist, möchten die derzeitige Lage aber erst einmal evaluieren, um daraus Schlüsse



zu ziehen. Zum einen ist es vorstellbar, dass die Kommunen dieser Verantwortung gerecht werden, vor allem aber ermöglicht eine Evaluation auch aus Positivbeispielen zu lernen und schließlich ermöglicht sie noch einen dritten Weg, bei welchem sich Land und Kommunen Aufgaben teilen.

16. Was halten Sie vom privaten und kommerziellen Handel mit Tieren über Internetplattformen und Printmedien? Sind Sie dafür, diesen gesetzlich zu unterbinden?

Antwort DIE LINKE:

Ein pauschales Verbot von privaten und kommerziellen Handel mit Tieren über das Internet oder Printmedien wird bei uns diskutiert ist aber bisher kein konkreter Vorschlag. Wir sind durchaus dafür den privaten und kommerziellen Handel mit Tieren insgesamt stärker zu reglementieren und sowohl Käufer*innen, wie auch Verkäufer*innen stärker in die Verantwortung zu nehmen.

[Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg e.V.](#) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit 1983 für die Rechte der Tiere einsetzt. Durch Öffentlichkeitsarbeit macht der Verein Tierleid für die Bevölkerung sichtbar und zeigt Alternativen auf. Seit 2016 sind die Menschen für Tierrechte einer der drei anerkannten Verbände für das TierschutzMitwirkungs- und Verbandsklagerecht in Baden-Württemberg.